

Stellungnahme der Landeschüler*innenvertretung (LSV NRW) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN “Aus der Pandemie lernen: Chancen der Digitalisierung für die Inklusion nutzen” Drucksache 17/14945

Sehr geehrte Abgeordnete des Schulausschusses,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Themen, wie der Inklusion an Schulen und der damit zusammenhängenden sozialen Ungleichheit, wurde in dieser Legislatur der schwarz-gelben Koalition viel zu selten Aufmerksamkeit geschenkt. Die Zielsetzung der Landesregierung, nur Gymnasien als elitären Bildungsweg zu etablieren und Schüler*innen, die nicht in die schwarz-gelbe Ideologie passen, auszugrenzen und an gesonderten Schulen zu unterrichten, hat gerade in der Pandemie zu verheerenden Folgen geführt.

Damit einhergehend nimmt die soziale Ungleichheit, gerade im Kontext Schule, Jahr für Jahr zu, was sich auch in den Bildungsangeboten für Menschen mit besonderem pädagogischen Förderbedarf deutlich zeigt, für die das unausgereifte “Distanzlernen” oft nur an Privatschulen oder mit teurer technischer Ausstattung möglich ist. Gerade aus diesem Grund ist es wichtig, diese grundlegenden Strukturen jetzt zu verändern und auf die Missstände aufmerksam zu machen. Daher begrüßen wir zunächst die Initiative dieses Antrages.

Gerade die Pandemie hat erneut verdeutlicht, wie wichtig die individuelle Unterrichtsgestaltung ist, um die einzelnen Probleme und Lernlücken von Schüler*innen zu berücksichtigen und auf diese eingehen zu können.

Bisher ist eine solche Ausrichtung des Unterrichts jedoch nicht möglich. Der bestehende Lehrkräftemangel und die zu großen Klassenräume lassen den individuellen Förderbedarf unbehandelt in den Hintergrund rücken.

Eine Verkleinerung der Klassenräume und eine damit einhergehende Reduzierung der Schüler*innenzahl ist daher vonnöten. Gerade bei Schüler*innen, die einen besonderen pädagogischen Förderbedarf haben und deshalb individuelle Unterrichtskonzepte benötigen, kann dies viele Probleme strukturell lösen. Darunter fallen auch Kinder und Jugendliche, die krankheitsbedingt nicht am Regelunterricht teilnehmen können. Ein gerechterer Unterricht ist nur dann möglich, wenn ausreichende Kapazitäten der Lehrkräfte und dadurch alternative Unterrichtskonzepte vorhanden sind. Nur durch die Eröffnung eines flexiblen Handlungsspielraums von Schulen und Lehrer*innen kann der Unterricht konkret an die Wünsche der Betroffenen angepasst werden.

Um die soziale Ungleichheit in Schulen zu bekämpfen, muss man also an diesen Punkten ansetzen, anstatt den Unterricht auf nicht fertig ausgebaute oder profitorientierte digitale Lernplattformen zu verlagern.

Eine Online-Schule klingt zwar auf den ersten Blick gut und könnte aktuelle Probleme für Menschen, die aufgrund von Krankheiten nicht am Unterricht teilnehmen können, zumindest kurzfristig abbauen, sorgt langfristig aber auch für eine weitere Ausgrenzung von Betroffenen. Um den langfristigen Ausschluss vom sozialen Geschehen zu verhindern, müssen demnach andere Optionen in Betracht gezogen werden. Solche Angebote sollten sich auf den Rahmen öffentlicher Schulen beschränken, um eine erneute gesellschaftliche

Trennung durch Privatschulen und einen Vorteil für Schüler*innen mit hohem sozio-ökonomischen Hintergrund zu vermeiden.

Eine mögliche Alternative bietet hier beispielsweise die inklusive Ganztags Gesamtschule (IGGS): Anstatt frontal von einer Lehrkraft unterrichtet zu werden, lernen Schüler*innen in einer IGGS gemeinsam und erarbeiten zusammen die Lehrinhalte. Dabei entsteht ein soziales Gefüge, das rücksichtsvoller und toleranter mit möglichen Unterschieden umgeht, was eine Rückkehr zum Unterricht für Schüler*innen, die eine längere Zeit nicht in Präsenz am Unterricht teilnehmen konnten, enorm vereinfacht.

Anstatt große Konflikte auszutragen und Andere zu kritisieren, versuchen Schüler*innen einer IGGS den betroffenen Schüler*innen zu helfen und diese wieder in die soziale Gruppe einzubinden.

An dieser Stelle ist die Idee einer Inklusion durch sogenannte Telepräsenzroboter kritisch zu betrachten, was einem möglichen Pilotprojekt für die Evaluierung der Nutzung solcher Roboter in ständiger Absprache mit den Betroffenen und den SVen zwar nicht grundsätzlich widerspricht, die Roboter jedoch als einzige Maßnahme ausschließt.

Denn abgesehen davon, dass die digitalen Voraussetzungen für eine funktionierende Umsetzung nicht gegeben sind, wie zum Beispiel flächendeckendes WLAN oder generell eine stabile Internetverbindung, mögen die Roboter zwar in der Theorie eine Alternative zu der körperlichen Anwesenheit der Person darstellen, sorgen letztendlich jedoch für eine soziale Isolation des Kindes. Betrachtet man die Beispielbilder des Inda-Gymnasiums Aachen, so wird schnell deutlich, dass eine gesellschaftliche Einbindung, so wie es die IGGS ermöglicht, hier nicht praktikabel ist. Für die Mitschüler*innen ist das elektronische Gerät nicht als Person wahrzunehmen, was eine soziale Ausgrenzung zur Folge hat. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der soziale Kontakt im Rahmen des Unterrichts ist und wie bedeutsam die gemeinsamen Pausen für das gesunde Heranwachsen eines Kindes sind. Wir alle konnten die drastischen Folgen der Isolation beobachten. Die Zahl der an psychischen Erkrankungen leidenden Schüler*innen wuchs gravierend, häufig durch den zu hohen Leistungsdruck, aber auch durch die fehlenden sozialen Kontakte. Isolation ist somit keine Lösung! Die Telepräsenzroboter sind nicht die Lösung, wenn die psychische Gesundheit von Schüler*innen doch schon längst im Fokus der Bildung stehen sollte.

Wenn sich also feststellen lässt, dass viele Schüler*innen gerade aufgrund von psychischer Belastung aus der Schule fehlen, sollte man doch auch an eben diesem Ursprung ansetzen.

Das Schulsystem ist durch die strenge Taktung der Lehrpläne, die ständigen Klausuren und eine strikte Bewertung durch Noten aktuell auf einen enormen Leistungsdruck ausgelegt. Schüler*innen sollen durch den Druck der Klausuren zum Lernen von Inhalten "motiviert" werden und durch die ständige Benotung auf das spätere, selektive und kapitalistische Arbeitsleben vorbereitet werden.

Was aus einer rein wirtschaftlichen Sicht vielleicht kurz gedacht sinnvoll erscheint, findet vor allem zu Lasten der Schüler*innen und ihrer seelischen und psychischen Verfassung statt. Nicht selten stehen Kinder und Jugendliche kurz vorm Burnout, weil sie durch den ständigen Leistungsdruck andere Tätigkeiten im Leben vernachlässigen müssen und dem Druck nicht standhalten können. Nicht selten müssen Schüler*innen sich in ärztliche Behandlung begeben, weil sie den kapitalistischen Zwängen nicht standhalten können.

In der Diskussion über Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Krankheiten nicht zur Schule gehen können, ist es also unabdingbar, über die Auslöser der fehlenden Anwesenheit zu diskutieren.

Um die oben genannten Probleme zu lösen, braucht es neben der Überwindung von Noten und Klausuren vor allem in der Schule Möglichkeiten, über Probleme zu sprechen. Es braucht viele weitere Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Es braucht Austauschräume im Unterricht, um beispielsweise jetzt in einer gesonderten Unterrichtsstunde die Folgen der Pandemie aufzuarbeiten. Es braucht eine Abkehr vom Konkurrenzdenken hin zu einem Miteinander, wie es in der IGGS gewährleistet wird.

Letztendlich ist die Initiative dieses Antrages definitiv notwendig. Es werden wichtige Aspekte und auch Maßnahmen zur Verbesserung der Situation thematisiert, weshalb die Landeschüler*innenvertretung NRW, als gesetzlich legitimierte Vertretung der über 2,6 Millionen Schüler*innen NRWs, den Antrag befürwortet.

Darüber hinaus wollen wir jedoch anregen, die Problembewältigung nicht bei diesen Maßnahmen zu belassen.

Wir brauchen viele weitreichendere Maßnahmen, um Inklusion an Schulen zu ermöglichen und Chancenungleichheiten abzubauen.

Mit freundlichen Grüßen

Laura Körner und Julius van der Burg

i.A.d. Landeschüler*innenvertretung NRW